

Bern, 22. April 2004

Nestlé – Verwaltungsrat
Nestlé – Direktion
Avenue Nestlé 55
1800 Vevey

Offener Brief an die Aktionärsversammlung der Nestlé AG wegen dem Arbeitskonflikt bei Nestlé de Colombia S.A.

Sehr geehrte Damen und Herren

Ende Februar 2002 brach in der zur Nestlé-Gruppe gehörenden Fabrik Cicolac in der kolumbianischen Stadt Valledupar ein langer und harter Arbeitskonflikt aus, der bis heute nicht wirklich gelöst ist. Ende Februar 2002 lief der gültige Gesamtarbeitsvertrag aus, Verhandlungen zu dessen Verlängerung waren angesagt. Die Gewerkschaft präsentierte in einem Forderungskatalog Änderungswünsche für etwa 20 Artikel, die Firma kündigte den GAV in seiner Gesamtheit auf, und wollte ihn durch einen schlanken, wesentlich reduzierteren Vertrag ersetzen. Hintergrund der darauf folgenden Auseinandersetzung war die angeblich mangelnde Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit der Fabrik.

Innert der zwanzigtägigen gesetzlichen Verhandlungsfrist konnten sich die beiden Parteien nicht auf einen neuen Gesamtarbeitsvertrag einigen. Mitte April 2002 beschloss die Gewerkschaft in Mitgliederversammlungen, mit dem legalen Kampfmittel eines Streiks die harte Haltung der Firma aufzuweichen. In der Folge erhielt die Gewerkschaft jedoch Morddrohungen der lokalen paramilitärischen Gruppen, weshalb die Gewerkschaft am 24. April 2002 beschloss, auf den Streik zu verzichten und den Arbeitskonflikt einem Schiedsgericht zu unterbreiten¹. Die Einsetzung dieses Schiedsgerichts verzögerte sich jedoch um ein Jahr bis zur formellen Eröffnung am 1. April 2003. In der Zwischenzeit gab es weitere Gespräche zwischen der Firmenleitung und der Gewerkschaft, die jedoch zu keiner Einigung führten. Nestlé als Besitzerin der Fabrik begann, einseitig gewisse Massnahmen umzusetzen, die zu Kostenreduktionen führen sollten, z.B. die Entlassung unbefristeter Angestellter und deren Ersatz durch Temporärarbeiter. Zugleich hielt sie den Druck auf die Gewerkschaft mit der Drohung aufrecht, die Fabrik zu schliessen, wenn es ihr nicht gelinge, die Arbeits- und Produktionskosten massiv zu senken.

Das Schiedsgericht setzte sich aus je einem Vertreter der Gewerkschaft, der Firma und des Arbeitsministeriums zusammen. Der Vertreter der Firma und des Arbeitsministeriums legten die Erörterungen und Verhandlungen des Tribunals einseitig auf die Sichtweise Nestlés aus und nahmen gewisse vom Gewerkschaftsvertreter angeforderte Beweise nicht zur Kenntnis, was den Vertreter der Gewerkschaft am 7. Mai 2003 veranlasste, vom Gericht zurückzutreten, da er keine Garantie für ein faires Verfahren sah². Am selben 7. Mai 2003 erliess das Schiedsgericht in unvollständiger Zusammensetzung den Schiedsspruch, womit es Artikel

¹ Arbeitskonflikt bei der Nestlé – Tochterfirma CICOLAC weiterhin ungelöst. Arbeitsgruppe Schweiz – Kolumbien, 18. September 2003. www.kolumbien-aktuell.ch

² Eskalation des Arbeitskonfliktes bei der Nestlé – Tochter CICOLAC S.A. Arbeitsgruppe Schweiz – Kolumbien, 18. September 2003. www.kolumbien-aktuell.ch

458 des Arbeitsgesetzes verletzte. Sowohl Nestlé als auch die Gewerkschaft SINALTRAINAL legten gegen den Schiedsspruch Berufung ein und verlangten dessen Annullierung. Mit einer fragwürdigen Interpretation des Arbeitsgesetzes stützte das Oberste Gericht für Arbeitsbelange diesen Schiedsspruch, kam aber auch den Forderungen der Nestlé nach einem weitergehenden Abbau der Arbeitsrechte nicht entgegen. Zwei der fünf Richter des Obersten Gerichts enthielten sich der Stimme, da sie der Ansicht waren, dass die Mehrheitsmeinung das Arbeitsgesetz falsch interpretiert habe und sehr wohl eine Verletzung von Art. 458 des Arbeitsgesetzes vorliege, weshalb der Schiedsspruch ungültig sei³.

Nestlé erklärte nach Bekanntgabe des höchstrichterlichen Urteils am 21. Juli 2003, dass damit ihr Kostenproblem bei CICOLAC immer noch nicht gelöst sei. Prompt erreichte Nestlé am 17. September 2003 durch massive Druckausübung und Drohungen, dass etwa 180 der 192 festangestellten Arbeiter der Milchfabrik ihre „freiwillige“ Kündigung einreichten. Die Arbeiter wurden vor die Wahl gestellt, von sich aus das Arbeitsverhältnis als beendet zu erklären und dafür eine grosszügige Abgangsentschädigung zu erhalten, andernfalls man ihnen mit einer viel geringeren Entschädigung künden werde. Die Produktion bei CICOLAC wird seither von rund 190 Temporärarbeitern sichergestellt, die bei Adecco unter Vertrag stehen, lediglich den Mindestlohn von 332'000 Pesos verdienen (ungefähr 150 SFr; die früheren Festangestellten verdienten etwa 500 SFr) und sich nicht organisieren dürfen⁴.

Nestlé hat während des ganzen Arbeitskonflikts immer wieder betont, dass sie die Gewerkschaftsrechte respektiert habe und immer im Einklang mit geltenden Gesetzen und Normen gehandelt habe. Mit Stolz verwies Nestlé auf den weit über dem Landesdurchschnitt liegenden hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Zusammenfassend ist jedoch nochmals ausdrücklich festzuhalten, dass als Resultat dieses zweijährigen Arbeitskonfliktes nun jedoch die Gewerkschaftssektion in der Fabrik CICOLAC zerschlagen ist - heute ist gerade noch eine Person Mitglied der Gewerkschaft SINALTRAINAL. Es gelang Nestlé, die Arbeitsbedingungen praktisch auf das gesetzliche Minimum zu senken, was den Arbeitern kein würdiges Leben mehr ermöglicht. Zudem wurde entgegen den Behauptungen der Nestlé AG in diesem ganzen Prozess das Arbeitsgesetz sehr wohl verletzt – sowohl durch Nestlé als auch durch die kolumbianischen Behörden - und es wurden unsaubere Methoden angewandt (fälschliche Illegalerklärung von Protestmassnahmen mit nachfolgenden Entlassungen, Schiedsspruch in Abwesenheit des Gewerkschaftsvertreters, Gefährdung der Gewerkschaft durch Schuldzuweisungen Nestlés gegenüber Dritten; massive Druckausübung bei der „freiwilligen“ Massenkündigung vom September 2003)⁵.

Aufgrund dieser negativen Erfahrungen erfüllt uns heute die Tatsache mit grosser Sorge, dass sich in der Stammfabrik von Nestlé de Colombia in Bugalagrande in der Nähe von Cali ein neuer, unter Umständen noch gravierender Konflikt anbahnt. Ende Mai 2004 läuft dort der Gesamtarbeitsvertrag ebenfalls aus, und auf Grund der Ausgangslage ist zu befürchten, dass es dort zu einem ähnlichen oder noch massiveren Abbau der Arbeitsrechte kommt als es bei Cicolac geschehen war. Nestlé hat schon verschiedentlich derartige Absichten geäussert. Zudem kann Nestlé auf eine grosse Unterstützung der Regierung von Präsident Uribe zählen, die Nestlé in einem Brief ihr Lob ausdrückte. Die Regierung Uribe verfolgt eine Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik, die auf eine Beschneidung der Rechte der Arbeiter hinausläuft. Zudem richtet sich die Politik der „Demokratischen Sicherheit“ gegen soziale

³ Das Schiedsverfahren zum Arbeitskonflikt bei CICOLAC. Deutsche Zusammenfassungen der Erwägungen und der Urteile des Schiedsgerichtes und des Obersten Gerichts. Arbeitsgruppe Schweiz – Kolumbien, 2. April 2004. www.kolumbien-aktuell.ch

⁴ Neuer Schlag gegen die Arbeiter bei Nestlé und gegen die Gewerkschaft SINALTRAINAL. Arbeitsgruppe Schweiz – Kolumbien, 28. Dezember 2003. www.kolumbien-aktuell.ch

⁵ Öffentliche Stellungnahme zum Brief der Nestlé AG vom 8. Januar 2004 an Schweizer Parlamentarier und Gemeinderäte von Vevey. Arbeitsgruppe Schweiz – Kolumbien, 20. März 2004. www.kolumbien-aktuell.ch

Organisationen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Auch unter der Regierung Uribe kam es zu vielen Morden und weiteren Übergriffen gegen Gewerkschafter sowie zu unzähligen Festnahmen wegen angeblicher subversiver Tätigkeiten. Nestlé profitiert für ihre Ziele, die Produktionskosten zu senken und die Gewerkschaft zu schwächen also auch von diesem sozial und politisch angespannten Klima und von der generellen Schwächung der sozialen Bewegungen.

Aufgrund der Vorkommnisse bei CICOLAC geht die Gewerkschaft SINALTRAINAL geschwächt in diese Verhandlungen. SINALTRAINAL hat seit längerer Zeit die Verletzungen der Gesamtarbeitsverträge bei Nestlé und weitere Unregelmässigkeiten auf nationaler und internationaler Ebene denunziert (z.B. abgelaufenes Milchpulver, Umweltverschmutzung, etc.). In der Schweiz haben wir mit Unterstützung des EDA versucht, ein Gespräch zwischen SINALTRAINAL und Nestlé International zu vermitteln, was jedoch von Nestlé abgelehnt wurde. Nestlé hat bisher keine Bereitschaft gezeigt, auf die aufgeworfenen Probleme zu reagieren und ihr Verhalten zu ändern, sondern bestreitet sämtliche Anschuldigungen. Auf eine Petition mit mehr als 2'600 Unterschriften aus der Schweiz und dem Ausland reagierte Nestlé mit verharmlosenden Briefen, anstatt auf die darin enthaltenen Forderungen einzugehen. Wann immer SINALTRAINAL ein missbräuchliches oder illegales Verhalten von Nestlé in Kolumbien denunziert, wird die Gewerkschaft massiv bedroht. In den vergangenen Wochen hat Nestlé eine breite Negativkampagne gegen die Gewerkschaft gestartet, in dem sie gegenüber den Behörden, den gesellschaftlichen Institutionen und der Bevölkerung die Gewerkschaft als für den schlechten Geschäftsgang verantwortlich macht und ihr auch die Schuld für eine allfällige zukünftige Fabrikschliessung zuschiebt. Damit versucht Nestlé einerseits, die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaft zu zerstören, sie zu isolieren und zu schwächen. Andererseits setzt sie dabei die Gewerkschaft aber auch massiven Drohungen der paramilitärischen Gruppen aus. Seit letztem Oktober, als drei Vorstandsmitglieder von SINALTRAINAL in Bugalagrande von den Paramilitärs zu Feinden der wirtschaftlichen Entwicklung und damit zu politischen Zielen erklärt wurden, kam es immer wieder zu paramilitärischen Drohungen. Diese Drohungen sind sehr ernst zu nehmen, und bei einer Zuspitzung des Arbeitskonfliktes ist jederzeit mit Anschlägen gegen Gewerkschaftsführer zu rechnen.

Über dieser Perspektive sind wir zutiefst besorgt. Es geht nicht an, dass Gewerkschafter weiterhin Drohungen gegen Leib und Leben ausgesetzt sind, die Gewerkschaft SINALTRAINAL weiter geschwächt und so langsam zerstört wird und die wirtschaftliche Sicherheit von Hunderten von Familien unterhöhlt wird, nur damit Nestlé ihren Gewinn etwas erhöhen kann. Nestlé hat bisher leider keine Einsicht gezeigt, sondern sämtliche gut belegten Vorwürfe bestritten und ihre Geschäftspolitik in Kolumbien unbeirrt weiter zugespitzt. In der aktuellen Lage sehen wir keinerlei Garantie, dass es in der Fabrik von Nestlé de Colombia in Bugalagrande zu fairen Verhandlungen kommt.

Wir gelangen deshalb mit folgenden Forderungen an Nestlé:

- Nestlé unterlässt in Zukunft jegliche Bemerkungen oder Handlungen, die für die Gewerkschaft zu einer neuen Bedrohungslage führen könnten. Nestlé stellt deshalb die Negativkampagne gegen SINALTRAINAL in Bugalagrande sofort ein und droht nicht mehr mit Fabrikschliessungen.
- In einem öffentlichen Kommuniqué legitimiert Nestlé die soziale Funktion der Gewerkschaft und spricht sich dezidiert gegen sämtliche Drohungen und Gewaltanwendungen illegaler bewaffneter Gruppen gegen die Arbeiter bei Nestlé und gegen die Gewerkschaftsführer aus.

- Nestlé hält sich im Hinblick auf die Neuverhandlungen des Gesamtarbeitsvertrags in der Fabrik Nestlé de Colombia in Bugalagrande an die im aktuellen Gesamtarbeitsvertrag festgeschriebenen Vorgaben, stellt der Gewerkschaft in völliger Transparenz alle relevanten Informationen zur Verfügung, damit die Gewerkschaft effiziente Kollektivverhandlungen führen kann, und unterlässt sämtliche Druckversuche und Drohungen während den Verhandlungen.
- Nestlé führt mit der Gewerkschaft faire Verhandlungen durch, die zu einer Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrages führen und die bisherigen Rechte der Arbeiter garantieren. Insbesondere sieht Nestlé davon ab, 25%ige Lohnsenkungen für neue Arbeiter durchzusetzen, die Rechte der Zeitangestellten zu beschränken sowie die Reisespesen für die Gewerkschaft massiv zu kürzen. Insbesondere garantiert Nestlé die langfristige Stabilität aller Arbeitsplätze.

Stephan Suhner, Arbeitsgruppe Schweiz – Kolumbien

Dieser offene Brief wird von den folgenden Einzelpersonen und Organisationen unterstützt:

Bühlmann Cécile, Nationalrätin Luzern

Cavalli Franco, Nationalrat Tessin

Daguet André, Nationalrat SP, Vizepräsident SMUV

Gysin Remo, Nationalrat Basel

Hollenstein Pia, Nationalrätin St.Gallen

Lang Josef, Nationalrat Zug

Leuenberger Ueli, Conseiller national, Genf

Maury Pasquier Liliane, Nationalrätin, Genf

Menétrey-Savary Anne-catherine, Conseillère nationale, Les Verts, St.Saphorin

Müller Geri, Nationalrat, Baden

Rechsteiner Rudolf, Nationalrat Basel

Roth-Bernasconi Maria, Nationalrätin, Genf

Teuscher Franziska, Nationalrätin Grünes Bündnis Bern

Gisler Stefan, Kantonsrat Zug, Präsident Sozialistisch-Grüne Alternative SGA Kanton Zug

Gonthier Alain, Conseiller communal, Vevey

Action Populaire Contre le Mondialisation (APCM)

Arbeitsgemeinschaft Swissaid • Fastenopfer • Brot für alle • Helvetas • Caritas • HEKS

Arbeitsgruppe Schweiz – Kolumbien

ATTAC

Centre Europe Tiers Monde CETIM, Genève

Comité pour l'Annulation de la Dette du Tiers-Monde CADTM-Suisse

Déclaration de Berne – Erklärung von Bern, Lausanne/Zürich

Gewerkschaft Bau und Industrie GBI

Gewerkschaft VHTL (Verkauf, Handel, Transport, Lebensmittel)

Geneva Infant Feeding Association GIFA

Groupe Communiste de Haute Savoie

Internationale Liga für die Rechte und die Befreiung der Völker (LIDLIP), Verena GRAF, Generalsekretärin

Lateinamerikanisch-Schweizerischer Verein, Marilú Pacheco und Martina Greiter,
Vorstandsmitglieder, Bern
Mouvement pour le socialisme / Bewegung für den Sozialismus (MPS/BFS)
Nord-Sud XXI, Ahmad Soueissi, Genève
Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB, Jean-Claude Prince, Bern
Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt SOLIFONDS, Zürich